

DS-Magazin: Die FDP kann - wie die Wahl zum Europäischen Parlament ein-drucksvoll belegt hat - auf Zustimmungsraten verweisen, wie seit den 50er Jahren nicht mehr. Und das, obwohl die gegenwärtige Wirtschaftskrise in großen Teilen der Öffentlichkeit als ein Versagen der Wirtschaft wahrgenommen wird, für die sich Ihre Partei besonders einsetzt. Wie ist dieser vermeintliche Widerspruch zu erklären?

Dirk Niebel: Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist weniger durch das Versagen der Wirtschaft hervorgerufen worden sondern dadurch, dass der Staat versagt hat. Fest steht, gerade in Deutschland gehören die Finanzmärkte zu den Märkten, die am meisten reguliert sind und unter staatlicher Aufsicht stehen. Vor allem die Landesbanken, aber auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, stehen unter staatlicher Aufsicht. Unter Rot-Grün sind fragwürdige Finanzprodukte in Mode gebracht worden, und ebenfalls unter einem SPD-Finanzminister sind solche Produkte dann auch noch fragwürdig geprüft worden. All das wissen die Bürgerinnen



„Wer glaubt, der Solidaritätszuschlag habe etwas mit Solidarität zu tun,

unter Schwarz-Rot mit Wolfgang Schäuble. Die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte beginnt beim gläsernen Bankkonto, geht über den gläsernen Computer bis hin zum gläsernen Patienten beziehungsweise zum gläsernen Flugpassagier. Aber auch die exportorientierten Betriebe werden unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung durchleuchtet, obwohl es oftmals nur um Wettbewerbsvorteile geht. Wir müssen wieder die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die bür-

FDP als glaubwürdige Partei wahrgenommen wird. Erinnern Sie sich an die letzte Bundestagswahl, als uns in der Wahlnacht der damals noch amtierende Bundeskanzler Gerhard Schröder das Angebot machte, in eine Koalition mit SPD und Bündnisgrünen einzutreten. Hätten wir dem nachgegeben, hätten wir unsere Wahlaussage gebrochen. Wir standen für eine andere Politik. Und diese Politik hätte sich mit der SPD und den Grünen nicht umsetzen lassen. Das Gleiche zeichnete

INTERVIEW

„Wir haben Wort gehalten“

FDP-Generalsekretär Dirk Niebel will bürgerliche Tugenden hochhalten

und Bürger. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass man der FDP völlig zu Recht mehr Wirtschaftskompetenz zuspricht, als den Parteien, die zurzeit regieren. Es ist also gerechtfertigt, wenn die Menschen im Land der FDP in besonderer Weise zutrauen, das Land aus der Krise zu führen.

DS-Magazin: Eine Allensbach-Umfrage ergab, dass auch Anhänger von CDU und CSU die Verteidigung der bürgerlichen Freiheit eher bei der FDP als bei der eigenen Partei gut aufgehoben sehen. Liegen dem grundsätzliche Verschiebungen in der Werteorientierung der Bevölkerung zugrunde oder hat die Union in dieser Frage schlicht und ergreifend versagt?

Dirk Niebel: Seit elf Jahren werden die bürgerlichen Freiheiten in Deutschland eingeschränkt. Zunächst unter Rot-Grün mit Otto Schily als Innenminister und nun

gerlichen Freiheitsrechte in Einklang bringen. Diese Balance wieder herzustellen muss Bestandteil der künftigen Regierungspolitik sein. Und da sind die Menschen bei der FDP eindeutig besser aufgehoben als bei CDU/CSU, SPD und den Bündnisgrünen. Von der Linkspartei einmal ganz zu schweigen.

DS-Magazin: Ist die gestiegene Zustimmung in der Bevölkerung auch damit begründet, dass die FDP zurzeit als geschlossene Formation wahrgenommen wird oder liegt es an der Renaissance einiger bürgerlicher Tugenden, die zwischenzeitlich an Bedeutung verloren hatten?

Dirk Niebel: Es liegt nicht nur daran, dass die FDP als geschlossene Formation wahrgenommen wird, sondern vor allem liegt die gestiegene Zustimmung in der Bevölkerung darin begründet, dass die

sich nach der hessischen Landtagswahl ab. Auch hier wurde uns ein Koalitionsangebot gemacht, das wir bekanntermaßen abgelehnt haben. Kurzum: Wir haben Wort gehalten, wir haben unsere Reihen geschlossen. Deshalb sind die bürgerlichen Tugenden in der FDP gut aufgehoben, wie dies auch die hohen Zustimmungsraten bei Wahlen und Umfragen belegen.

DS-Magazin: Nun hat die Bundeskanzlerin alles getan, um das bürgerliche konservative Lager - also die klassischen CDU-Wähler - zu vergraulen. Könnten auch diese Wähler eine neue Heimstatt in der FDP finden, obwohl es den nationalliberal geprägten Flügel der FDP nicht mehr gibt? Der letzte Vertreter dieser politischen Ausrichtung war der frühere Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, der aber heute keine politische Rolle mehr in Ihrer Partei spielt...



der glaubt auch, Zitronenfalter würden Zitronen falten.“ (Dirk Niebel)

Dirk Niebel: Es gibt in der FDP einen ganzheitlichen Liberalismus. Das heißt, Freie Demokraten sind auch ausgesprochene Patrioten. Wir müssen feststellen, dass es die Union durch ihre Sozialdemokratisierung vielen Stammwählern nicht leicht macht, sie weiterhin zu wählen. Wir als Liberale wollen möglichst vielen von diesen Menschen eine neue politische Heimat geben. Wir sind aber auch offen für diejenigen, die Gerhard Schröder einmal unter der Überschrift „Neue Mitte“ geködert hat und die die Annäherung der SPD an die Kommunisten nicht mittragen können. Die FDP will daher die immer stärkere Partei der Mitte in der Gesellschaft werden. Und ich bin sicher, dass uns dies auch gelingt.

DS-Magazin: Obwohl Ihre Partei sich vehement gegen alle Verstaatlichungstendenzen der großen Koalition gewandt hat, wurde das Gesetz zur möglichen Verstaatlichung der Hypo Real Estate im Bundesrat durchgewunken, weil die Bundesländer mit FDP-Beteiligung sich der Stimme enthalten haben. Wäre man bössartig, könnte man dieses Verhalten mit Doppeltzungigkeit umschreiben ...

Dirk Niebel: Einspruch. Wenn sich ein Bundesland im Bundesrat der Stimme enthält, dann bedeutet das, dass in der Koalitionsregierung unterschiedliche Auffassungen herrschen und dass die FDP dann gemäß Koalitionsvertrag auf Enthaltung drängt – was natürlich nicht „Zustimmung“ bedeutet.

DS-Magazin: Welche Gesetze der Großen Koalition müssten aus Ihrer Sicht rückgängig gemacht werden, wenn es nach der Bundestagswahl für eine schwarz-gelbe – sprich bürgerlich-liberale

Koalition reicht? Würde beispielsweise der von Ihnen sehr heftig kritisierte Gesundheitsfonds rückabgewickelt?

Dirk Niebel: Zunächst einmal wollen wir den Gesundheitsfonds abschaffen. Wir wollen ein freiheitliches, wettbewerbsorientiertes und transparentes Gesundheitssystem, in dem jeder Bürger versichert ist und niemand unversichert bleibt. Dieses System schreibt die Pflicht zur Versicherung vor und gleichzeitig die Verpflichtung der Krankenkassen, den Bürger auch zu versichern. Dies wird zu einem Wettbewerb zwischen gesetzlichen und privaten Krankenkassen führen und damit zu einem wirksamen und finanzierbaren Gesundheitssystem.

DS-Magazin: Heißt das, dass dann auch die privaten Versicherer bis dato gesetzlich Versicherte aufnehmen müssen?

Dirk Niebel: Jeder Bürger muss nach unserer Vorstellung verpflichtet werden, sich zu einem Regeltarif zu versichern. Darüber hinaus wollen wir den Menschen ein hohes Maß an Wahlfreiheit belassen, ob sie sich für bestimmte Leistungen eine Zusatzversicherung einkaufen möchten. Wichtig vor allem ist die Transparenz im Gesundheitswesen. Der gesetzlich Versicherte erfährt heute in keiner Weise, was die Leistung kostet, die er in Anspruch nimmt. Daher kann er auch nicht beurteilen, was diese Leistung wert ist. Wenn er aber durch den Arzt über die Rechnung erfährt, was die in Anspruch genommene Leistung kostet, erst dann kann er entscheiden, ob er diese Leistung auch in Zukunft abrufen möchte oder nicht.

DS-Magazin: Ähnliches wäre doch für die künftige Gehaltsabrechnung denkbar...

Dirk Niebel: Die Liste ließe sich fortsetzen. Es wirkte sehr aufklärend, wenn auf einer Tankrechnung stünde, welche Steuerbestandteile neben der Mehrwertsteuer noch im Benzinpreis enthalten sind.

DS-Magazin: Hätte es in einer Bundesregierung mit FDP-Beteiligung so etwas wie die Abwrackprämie gegeben?

Dirk Niebel: Die Abwrackprämie ist nichts anderes als ein riesiges Strohfeuer, das aus Wahlkampfgründen entfacht wurde und dessen Folgen schon jetzt absehbar sind. Natürlich freuen sich momentan die Autohändler über den Boom beim Kauf von Neufahrzeugen. Allerdings wird dieser schon in Kürze abbrechen. Wir sehen bereits heute, dass die Kraftfahrzeugwerkstätten kaum noch Reparaturaufträge erhalten und der Gebrauchtwagenhandel fast zum Erliegen gekommen ist. Auch der Export von Gebrauchtfahrzeugen findet so gut wie nicht mehr statt, weil Autos, die verschrottet wurden, auch nicht mehr exportiert werden können. Auch entsprechende Ersatzteile, die man zuvor gebraucht und deshalb produziert hat, werden ebenfalls nicht mehr exportiert werden können. So dreht sich also die Spirale nach unten. Hätte man die fünf Milliarden Euro, die man für die Abwrackprämie bereit gestellt hat, in die notwendige Steuerstrukturreform einbezogen, dann hätte man nicht nur punktuell einen Wirtschaftszweig entlastet, sondern flächendeckend auch andere Wirtschaftszweige entlasten können.

DS-Magazin: Lässt sich auch bei den Mindestlöhnen, die hunderttausend Arbeitsplätze kosten und die Schwarzarbeit fördern, das Rad noch einmal zurückdrehen?

Dirk Niebel: Die FDP wird in einer künftigen Bundesregierung alles daran setzen, diesem Unsinn ein Ende zu bereiten. Mindestlöhne sind wirkungslos, wenn sie zu niedrig festgelegt sind. Sind sie zu hoch, vernichten sie Arbeitsplätze. Aus diesem Grund plädiert die FDP nicht für Mindestlöhne sondern für ein Mindesteinkommen. Unser Bürgergeldkonzept vernetzt das Steuer- mit dem Transfersystem. So schaffen wir Anreize, eine legale Arbeit aufzunehmen. Jeder, der arbeitet – und sei es nur stundenweise oder unter schlechteren

Bitte blättern Sie um

finanziellen Bedingungen –, sollte immer mehr Geld erhalten als derjenige, der nicht arbeitet. Außerdem können die Betroffenen über diesen Weg wieder in die Erwerbstätigkeit und damit in die Steuerpflicht hineinwachsen.

DS-Magazin: Der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages. Unterstützen Sie Papkes Forderung beziehungsweise wäre dies ein Thema für die Koalitionsverhandlungen, sollte es denn nach dem 27. September für eine Bundesregierung mit FDP-Beteiligung reichen?

Dirk Niebel: Wer glaubt, der Solidaritätszuschlag habe etwas mit Solidarität zu tun, der glaubt auch, Zitronenfalter würden Zitronen falten. Tatsache ist, dass der Solidaritätszuschlag in den allgemeinen Finanzhaushalt einfließt. Deswegen ist es dringend notwendig, alle Ausnahmetatbestände im Rahmen einer echten Steuerstrukturreform zu durchleuchten. Die singuläre Abschaffung des Soli ohne eine Steuerstrukturreform halte ich nicht für sinnvoll, weil es sich dann nur um eine

punktueller Maßnahme handelt. Wir brauchen ein Steuersystem, das einfach und gerecht ist und das den Menschen mehr von ihrem selbstverdienten Geld übrig lässt.

DS-Magazin: Was nützt es, wenn die FDP aus dem CDU-Lager Stimmen dazugewinnt, den Unionsparteien aber in Scharen die Wähler davonlaufen beziehungsweise aus Enttäuschung nicht mehr zur Wahl gehen und es somit am Wahlsonntag für eine



Mit Dirk Niebel sprach Joachim Schäfer

bürgerlich-liberale Koalition nicht mehr reicht. Wäre es dann nicht staatspolitisch verantwortlicher, in eine Koalition mit SPD und Grünen einzutreten, um eine „DDR-light“ unter Rot-Rot-Grün zu verhindern?

Dirk Niebel: Wenn Sie sich die Wahlprogramme von SPD und Grünen ansehen, dann werden Sie feststellen, dass die Inhalte dieser Parteiprogramme zwar kompatibel mit denen der Linkspartei sind, aber nichts mit dem zu tun haben, was wir Liberale für richtig und notwendig halten. Gleichwohl werden wir keinen Lagerwahlkampf führen, weil wir uns in keinem Lager befinden und weil die Bundeskanzlerin sich alle Hintertüren offen lässt, um gegebenenfalls wieder einer großen Koalition vorzustehen. Fakt ist, wenn Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat, dann gibt es eine rechnerische Mehrheit für Rot-Rot-Grün. Und wo eine Mehrheit ist, bildet sich auch eine Regierung. Vielleicht nicht sofort, sondern erst nach Verstreichen einer gewissen Schamfrist. Wenn man sich anschaut, wer von der SPD und den Grünen für den neuen Bundestag als Kandidat nominiert ist, dann wird man feststellen, dass die zukünftigen Fraktionen von Grünen und SPD noch weiter links stehen,

als dies heute der Fall ist. Wer also vermeiden will, dass seine Stimme für die Union benutzt wird, um wieder eine große Koalition zu bilden, der sollte die FDP mit seiner Stimme stark machen. ■

ANGEBOT DES MONATS

Zwei Häuser zum Preis von einem!



Das **parkähnliche** und sehr gepflegte **Grundstück** umfasst 7,1 Hektar (davon 3,5 ha Wald und 1 ha Wasserfläche) und ist komplett eingezäunt. Trotz der Grundstücksgröße von 7,1 ha ist das **Gelände** dennoch **ohne großen Aufwand zu bewirtschaften**, weil der großzügig angelegte Naturgarten mit Obststreuwiese und robustem, der Landschaft angepasstem Pflanzenbewuchs beziehungsweise altem Baubestand keiner größeren Pflege bedarf. Gleiches gilt für die **zwei großflächigen Teichanlagen** (teilweise Biotop).

Besichtigungstermine sind nach Absprache innerhalb von 48 Stunden möglich. Eine **Abholung** von den **Bahnhöfen** Norddeich Mole oder Aurich kann organisiert werden.

Der **Kaufpreis** beträgt **430 000 Euro (VB)** + 4,76% Courtage (inkl. 1,9% MwSt)

Eingebettet in die herbe Schönheit der ostfriesischen Landschaft, zwischen der knapp 15 km entfernten Nordseeküste (die Entfernung zum Nordseebad Norddeich beträgt rund 20 km) und der Kreisstadt Aurich, liegt dieses naturnahe und großzügige Anwesen, das durch seine **gelungene Architektur** und eine **gehobene Gesamtausstattung** ein individuelles Wohnen gewährleistet, weil das Objekt sowohl als Zwei-Generationen-Wohnsitz genutzt als auch für Naturliebhaber oder Aussteiger eine neue Heimstatt werden kann.

Ebenso bietet das Wohnanwesen Freiberuflern oder Künstlern die Möglichkeit einer exponierten und zugleich zielführenden Berufsausübung.

Das angebotene Objekt besteht aus **zwei Häusern mit jeweils ca. 130 qm Wohnfläche** (alles ebenerdig), die 1980 erbaut und in den Jahren 1992-1995 komplett entkernt und neu errichtet wurden.

Im Haus 1 rundet ein exklusiver **Kachelofen** im 30 qm großen **Wohnzimmer** das gediegene Ambiente ab. Die **Gaszentralheizung** entspricht dem Stand der Technik.

Eine große **Doppelgarage**, ein Geräteraum und ein Gewächshaus sind ebenfalls vorhanden. Außerdem kann der Dachboden zu Wohnzwecken ausgebaut werden (bereits verdielet).

Exposé anfordern bei: Immobilienbüro Anita Schäfer
Telefon/Fax: 023 03 - 8 13 37 · E-mail: anita-schaefer@gmx.de